Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 85 (2010)
Heft: 5

Artikel: Was darf Sicherheit kosten?
Autor: Heller, Daniel
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-716126

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Was darf Sicherheit kosten?

Die Lehren der Geschichte lauten: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Das Schicksal unterfinanzierter Armeen ist belegt: Untergang, Niederlage, Kapitulation.

OBERST I GST DANIEL HELLER, ERLINSBACH

In den Jahren 1933 bis 1939 kostete die Aufrüstung der Schweizer Armee insgesamt 805 Millionen Franken. Diese Summe mussten Bundesrat und Parlament bereitstellen, um die Versäumnisse der Zwanzigerjahre im Bereich der Ausrüstung und Organisation der Schweizer Armee wieder wettzumachen. Der Betrag entspricht nach heutigen Geldwerten rund 12 Milliarden Franken (!).

Dieser Rüstungsmarathon war die Folge eines Jahrzehntes an Verunsicherung. Pazifistische Parolen wie «Nie wieder Krieg», Streit und Orientierungslosigkeit über Sinn und Aufgaben der Armee bewirkten eine dramatische Verknappung der Mittel für die Armee. Höhepunkt: 1927 stimmte das Parlament einem Antrag von Heinrich Walther zu und beschloss eine Beschränkung der Militärausgaben auf maximal 85 Millionen Franken pro Jahr.

Zur heutigen Lage

Die Räte hielten sich allerdings nur zweimal an diesen fragwürdigen Beschluss. 1933 kam in Deutschland Hitler an die Macht. Unter Bundesrat Minger setzte eine Aufholjagd zur Erneuerung der hoffnungslos veralteten Armee und ihrer Ausrüstung an. Mit knapper Not gelang es die Ausbildungszeiten zu verlängern und die Armee modern zu strukturieren: 1938 führte man die schlanken Divisionen à je drei Infanterie-Regimentern ein.

Trotzdem verfügte unsere Armee am 1. September 1939 gerade einmal über 24 veraltete tschechische Panzer. Der Anschluss an moderne Waffentechnologien – Flugwaffe, Panzer und entsprechende Abwehrwaffen – war verpasst. Dies als Folge einer jahrelangen Unterfinanzierung.

Seit dem Ende des Kalten Krieges wurden die verfügbaren Mittel und Ressourcen unserer Armee stets verringert. Die veränderte Lage und die Verknappung der Mittel erzwangen Anpassungen der sicherheitspolitischen Instrumente. Mit Blick auf die umliegenden europäischen Staaten zeigen sich Konstanten und Trends bei den Investitionen in die Rüstung.

Einer dieser Trends lautet: Seit der Jahrtausendwende sank der für die Armee aufgewendete Anteil am BIP der Schweiz auf gerade noch 0,8%. Mittlerweile ist es bedenklich, welch geringen Prozentsatz am Bruttoinlandprodukt die Schweiz für ihre Armee im Vergleich zu anderen westlichen Staaten aufwendet. Im Vergleich: Österreich wendet 0,9% auf, die Nato-Länder um 2% oder mehr.

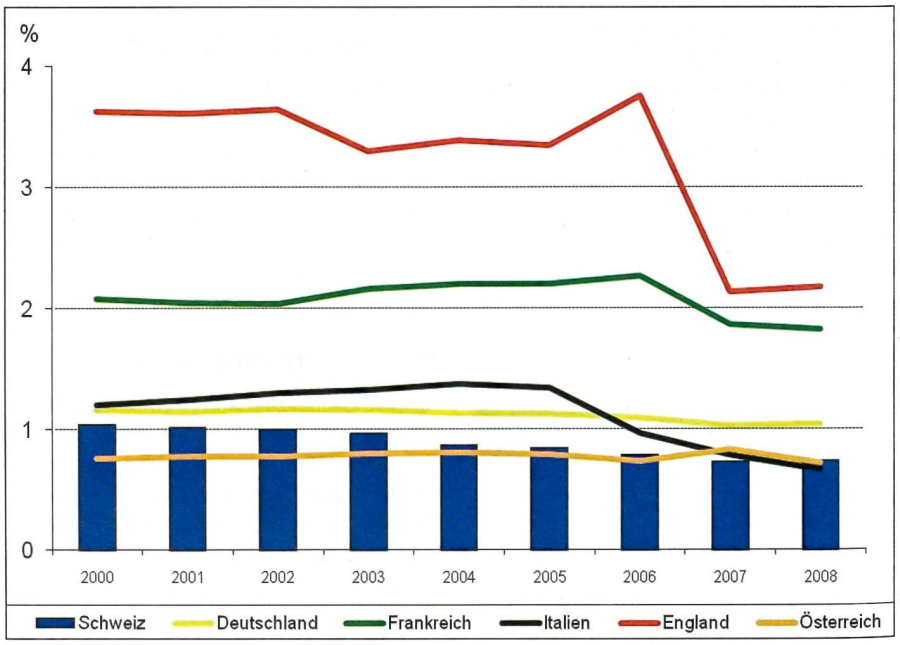
Zusätzlich besteht in der Schweizer Armee ein enormer Beschaffungsrückstand, da eine markante Verschiebung der Rüstungsausgaben zu den Betriebsausgaben stattfindet. Heute liegt der Anteil der Betriebsausgaben am Budget bei viel zu hohen zwei Dritteln. Richtig wäre für die heutige Armee ein Verhältnis von 45% zu 55%.

Die Folge: Die Armee veraltet. Generell fehlen der Armee seit rund 10 Jahren über CHF 700 Mio. pro Jahr. Investitionen mussten auf der Zeitachse massiv nach hinten verschoben werden. Es ist dem Bürgersoldaten und Steuerzahler nicht zumutbar, dass er in Erfüllung seiner Wehrpflicht zum Dienst herangezogen wird, um dann festzustellen, dass seine Armee kläglich unterfinanziert ist und museale Prozesse und Techniken verwendet werden. So können beispielsweise nur 6 von 20 Infanteriebataillonen mit Radschützenpanzern ausgerüstet werden, und der Luftwaffe fehlen Mittel um grundlegende Fähigkeiten wie Erdkampf und Aufklärung zu betreiben.

Auf dem Buckel der Armee

Die Armee leistete in den Jahren 1990 bis 2005 den grössten finanziellen Sparbeitrag zum Ausgleich des Bundeshaushaltes. Sie hat seit 1998 insgesamt rund CHF 3,5 Mia. eingespart.

Die im Rahmen der bisherigen Sparbeschlüsse eingeleiteten Massnahmen führen, wie bereits erwähnt, immer wieder primär zu einem Investitionsverzicht. Heute ist gerade noch ein Budget von CHF 3,85 Mia. pro Jahr verfügbar. Das Konzept der Armee XXI sah aber ein jährliches Budget von CHF 4,3 Mia. vor. Da fragt man sich als Bürger und Milizsoldat, wohin das der Armee vorenthaltene Geld verschwunden ist! Wir stehen damit an einem Punkt, an welchem



Grafik: armasuisse

Armeeausgaben in % des BIP.

Aufgaben und Ressourcen/Mittel nicht mehr übereinstimmen. Das Aufgabenspektrum der Armee verlangt nach Fähigkeiten, um die von Verfassung und Gesetz definierten Aufgaben erfüllen zu können. Fähigkeiten bedeuten Investitionen in Betrieb, Ausbildung und Ausrüstung.

Diese Situation wirft ein denkbar schlechtes Licht auf die Politiker in Bundesbern. Sie wirkt jedes Jahr von neuem auf weitere 20 000 junge Schweizer wenig überzeugend. Und dieser schlechte Eindruck wird für Tausende von Wehrpflichtigen in jedem WK verfestigt.

Dissens statt Konsens

Diese Unterfinanzierung ist eine Folge der aktuellen politischen Orientierungslosigkeit. Mit Ausnahme der Katastrophenhilfe im Inland gibt es keine Aufgabe, die nicht von mindestens einer Partei grundsätzlich abgelehnt wird. Während die Rechte grundsätzlich allen Einsätzen im Ausland und der internationalen Zusammenarbeit skeptisch gegenübersteht, lehnt die Linke Sicherungseinsätze im Innern aus Prinzip ab.

Die Rechte rückt die klassische Verteidigung ins Zentrum; die Linke will auf die eigentliche Verteidigung weitgehend verzichten. Und die Mitte weiss oft nicht, auf welche Seite sie sich schlagen will. Der andauernde Dissens führt zu höchst bedenklichen Ergebnissen: Die Armee erhält zwar politische Vorgaben; sie erhält aber keine adäquaten Mittel, um diese zu erfüllen. Dies belegen die Rüstungsprogramme: Wegen der herrschenden Uneinigkeit werden sie zum Spielball der parteipolitischen Auseinandersetzungen. Oft wird dabei die eigene politische Profilierung höher gewichtet als die Sicherheit der Schweiz.

Rüstungsvorlagen werden abgelehnt, weil darin das Wort Panzer auftaucht oder weil man dem Verteidigungsminister gerade eins auswischen will. Die Ursachen für den Dissens liegen aber tiefer, als im parteipolitischen Taktieren: Den meisten Parlamentariern fehlt zum einen die Übersicht über die Herausforderungen und Entwicklungen; zum anderen fehlt ihnen die Möglichkeit, auf strategischer Stufe Grundsatzentscheide fällen zu können.

Zwei Dinge gehören immer zu einem Staat: Aussen- und Sicherheitspolitik. Das sollten wir gerade heute angesichts Libyen-Geiselaffäre, Steuerstreit und Atombewaffnungsdebatte im Iran auch in der Schweiz wieder feststellen.

Hält die Verknappung der Finanzen im Bereich der Armee an, würde die Aufgabenerfüllung im Bereich der Sicherheitspolitik definitiv infrage gestellt oder eine fundamentale Neuausrichtung der Schweizer Sicherheitspolitik mit markant stärkerer internationaler Abhängigkeit und tieferer eigenständiger Leistungsfähigkeit notwendig. Das gilt es zu verhindern, indem sieben Prämissen zur Anwendung kommen sollten.

Bild: Inf Br 7

Sicherheit kostet: Panzerhaubitze M-109 mit Granate.

Am Ende des Tunnels?

1. Prämisse: Professionelles Risikomanagement richtet sich auf die gefährlichsten Risiken aus, deckt die wahrscheinlichsten ab und muss Restrisiken in Kauf nehmen. Solange wir Streitkräfte haben, werden wir diese auch auf die gefährlichste Gegenbedrohung in gewissen Bereichen mit mechanisierten Kräften ausrüsten müssen.

2. Prämisse: Streitkräfte sind gestaltbar; für die Schweiz denkbar sind als erfolgreiche Modelle nur die gegenwärtige Milizarmee und eine deutlich kleinere Berufsarmee. Mittelwege sind Übergangslösungen, haben geringe Chance zu bestehen und verunsichern.

3. Prämisse: Kontinuität von staatspolitischen Maximen werden auch den neuen Sicherheitsbericht prägen: Dazu gehören Verteidigung aus eigener Kraft und Milizarmee in Form des Volksheeres, basierend auf allgemeiner Wehrpflicht.

4. Prämisse: Wir brauchen in der Diskussion um unsere Streitkräfte eine Verknüpfung von Aufgaben und Finanzen. VBS und Bundesrat sind gehalten, um die diesbezüglichen Bedürfnisse exakt und einleuchtend zu begründen, auch die Investitionsplanung der Armee fähigkeitsorientiert darzulegen und zu begründen: Die von der Armee verlangten Fähigkeiten zeigen auf, wo eben die Fähigkeitslücken sind und begründen damit die notwendigen Investitionsschwergewichte.

5. Prämisse: Der dreigliedrige Armeeauftrag und die verfassungsmässige Rahmenbedingung von Milizarmee und Wehrpflicht führen zu einem Finanzrahmen von zwischen 4 und 5 Mia. CHF. Das Sparpotenzial bei der Truppe ist ausgereizt. Ausrüstung sowie Ressourcen für die Ausbildung (Waffenplätze, Treibstoff, Munition) haben Priorität.

6. Prämisse: Auch die Strategie der Reduktion der Verteidigungskapazität auf eine Aufwuchsbasis bedingt, dass die Verteidigungskompetenz weiterhin alle Grundfunktionen einer Streitkraft des 21. Jahrhunderts umfasst. Die Schweizer Armee muss aufholen, um wieder ein mittleres Technologieniveau zu erreichen.

7. Prämisse: Bundesrat und Parlament müssen künftig gemeinsam die Eckwerte der Sicherheitspolitik bestimmen. Sicherheitspolitik ist ein Akt der politischen Planung: Der Bundesrat muss dem Parlament mehr Mitwirkungsrechte bei der Definition der Sicherheitspolitik gewähren; im Gegenzug dazu bewirkt dieses Mitbestimmungsrecht eine stärkere Einbindung des Parlaments in die strategische Ausrichtung der Schweizer Sicherheitspolitik.

Daniel Heller, Dr. phil.I, Historiker. Der freisinnige Fraktionschef im Grossen Rat des Kantons Aargau ist Partner bei Farner Consulting, leitet als Milizoffizier einen Armeestabsteil und betätigt sich als Militärpublizist (www.vsww.ch). Der Artikel beruht auf einem Vortrag am LBA-Rapport vom 26. März 2010.